

Vollbeschäftigung in Europa – Vision oder Illusion?

1. Einleitung	154
2. Die Europäische Beschäftigungsstrategie (EBS) – ein Politikfeld entsteht	155
3. Die Arbeitsmarktentwicklung in der Eurozone nach der Weltfinanzkrise	161
4. Rückkehr zu einer Politik der Vollbeschäftigung	163
5. Beschäftigungspolitik in Zeiten hoher Staatsverschuldung	165
6. Fazit: Eine europäische Investitionsoffensive für mehr Wachstum und Beschäftigung ist unverzichtbar	168

Arne Heise

Prof. für Finanzwissenschaft und Public Governance im Fachgebiet VWL am Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg

Auszug aus WISO 2/2015

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Volksgartenstraße 40

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@isw-linz.at

Internet: www.isw-linz.at

1. Einleitung

Bricht die Eurozone auseinander?

Seit 2008 befindet sich die Europäische Union (EU)¹ im Krisenmodus: Zunächst schwappte die von den USA ausgehende Immobilienkrise als Weltfinanzkrise nach Europa (und, im Zeitalter globaler, miteinander verwobener Märkte auch in den Rest der Welt), dann folgte die Eurokrise. Oberflächlich betrachtet war dies eine Krise der öffentlichen Haushalte vor allem in den Ländern der Eurozone, tatsächlich aber zeigte sich in der Eurokrise ein Misstrauen der (Finanz-)Marktteilnehmer in die Beständigkeit der Eurozone: Um einen Zusammenbruch der internationalen Finanzmärkte zu verhindern und ein allzu starkes Übergreifen auf die realen Sektoren der EU-Volkswirtschaften zu verhindern, mussten sich alle Eurozonen-Länder stark für Bankenrettungs- und Konjunkturstützungsprogramme verschulden. Damit war die Phase der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die sich seit Eintritt in die Europäische Währungsunion (EWU) zum 01.01.1999 in einem allgemeinen Rückgang der Schuldenstandsquoten zeigte, beendet, immerhin aber konnte der totale Kollaps der Finanzmärkte und des Bankensektors abgewendet werden. Der teilweise drastische Anstieg der Neuverschuldung und der Schuldenstandsquoten in den Eurozone-Ländern führte, zusammen mit der sogenannten „No Bail-out“-Klausel der europäischen Verträge, also dem Verbot der gegenseitigen Haftung für nationale Haushaltslücken in der Eurozone, und dem Verbot der Staatsfinanzierung durch die Europäische Zentralbank (EZB) zur Gefahr der Insolvenz einzelner EU-Mitgliedsländer und damit zur Möglichkeit des Auseinanderbrechens der Eurozone. Stark differierende Risikoprämien auf Staatsschuldverschreibungen erhöhten dann die Insolvenzgefahr und das Risiko des Scheiterns der Eurozone weiter.

ein Governance-System, das an den realwirtschaftlichen Notwendigkeiten vorbeigeht

Auf eine solche Situation war die Eurozone nicht vorbereitet: 1) Einerseits hatte vor allem Deutschland ein Governance-System durchgesetzt, dessen „mind set“ makroökonomische Restriktion, nicht Intervention bezweckte. In den Zeiten der Depression machte sich dies darin bemerkbar, dass die Konjunkturstützungsprogramme in den Eurozone-Ländern nicht mehr an den realwirtschaftlichen Notwendigkeiten ausgerichtet werden konnten, sondern nur mehr an den (unterschiedlich begrenzten) Handlungsspielräumen, die eine an ausgeglichenen

Haushalten und einer willkürlich vorgegebenen Schuldenstandsquote von 60% des BIP ausgerichtete Finanzpolitik beließ. Dies schränkte nicht nur die Abwehrmaßnahmen ein, die einzelnen Regierungen zur Verfügung standen, es zwang vielerorts zu einer Austeritätspolitik, die die realwirtschaftliche Krise verschärfte und die Haushaltsnotlagen vergrößerte (vgl. Heise 2012)². 2) es gab keinerlei „Notfallplan“, der für den Fall des Zweifels an der Beständigkeit der Eurozone die Solvenz jener nationalen Regierungen sicherte, von denen die Finanzmärkte zuallererst einen Ausstieg aus der Eurozone erwarteten.

Es darf nicht verwundern, dass seither in hektischer Aktivität und zahllosen EU-Sondergipfeln insbesondere darum gerungen wurde, mit der Konstruktion von Notfallmaßnahmen – z.B. dem Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) – und der Konzentration auf finanzpolitische Konsolidierung die Stabilität der Eurozone zu sichern und die Vertrauenskrise zu überwinden. Tatsächlich gelang es, zumindest vorübergehend, die Finanzmärkte zu beruhigen. Dabei sind allerdings die Belange der arbeitenden Menschen – vor allem jener, die gegenwärtig keinen Arbeitsplatz finden können – in den Hintergrund geraten. Im Folgenden soll die Bedeutung der Beschäftigungspolitik für die Entwicklung der EU dargelegt und danach gefragt werden, ob genügend auf nationaler und EU-Ebene getan wird, um Vollbeschäftigung in der EU und insbesondere der Eurozone zu erreichen.

Vernachlässigung der Beschäftigungspolitik während der Krise

2. Die Europäische Beschäftigungsstrategie (EBS) – ein Politikfeld entsteht

Mitte der 1990er-Jahre erlebte die EU eine Welle des Euroskeptizismus (vgl. Beichelt 2010): Nach dem Vertrag von Maastricht, der die Vollendung des Binnenmarktes und die Einführung einer gemeinsamen Währung anstrebte, schien sich die EU zu wenig um die drängenden Probleme der Gegenwart zu kümmern: Im Zuge der konjunkturellen Dämpfung, die die Weltwirtschaft Anfang der 1990er-Jahre erfasst hatte, war die Arbeitslosigkeit stark emporgeschneit und hatte mit fast 11% im Jahr 1994 einen historischen Höchstpunkt erreicht (vgl. Abb. 1). Während auf wissenschaftlicher Ebene noch über die eigentlichen Ursachen der Beschäftigungsschiefelage in der EU gerungen wurde, war es der Europäischen Kommission unter ihrem Präsidenten Jacques

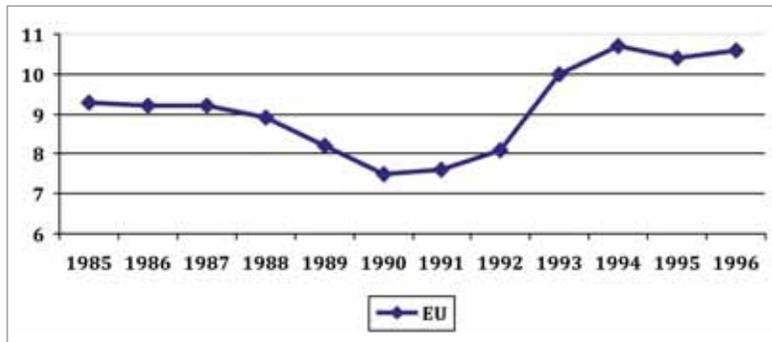
erhöhte Arbeitslosigkeit und Euroskeptizismus in den 1990er-Jahren

Delors schnell klar, dass die weitere europäische Integration institutionelle Zeichen in sozial- und beschäftigungspolitischer Richtung („soziale Dimension“) setzen musste, wenn die Unterstützung durch die breite Bevölkerungsmehrheit nicht verloren gehen sollte.

erste Schritte zu einer europäischen Beschäftigungspolitik

In der Amsterdamer Revision des Maastrichter Vertrags von 1997 fand sich deshalb neben einem Sozial- auch ein Beschäftigungskapitel, welches erstmalig beschäftigungspolitische Kompetenz für die EU reklamierte (vgl. Huffschmid 1998, Roth 1999). Dies war durchaus als Durchbruch zu verstehen, denn unter Berufung auf das Subsidiaritätsprinzip der EU hatten die Mitgliedstaaten eine EU-Zuständigkeit in Sachen Beschäftigungspolitik bis dahin immer verneint.

Abbildung 1: Entwicklung der Arbeitslosenquote 1985–1996



Anmerkung: Arbeitslosenquote nach Eurostat-Definition

Quelle: Europäische Wirtschaft, Stat. Anhang, 2014

offene Koordinierungsmethode

Die EU-Beschäftigungspolitik wurde im Rahmen des sogenannten „Luxemburger Prozesses“ zu einem prägnanten Beispiel der „offenen Koordinierungsmethode“: Ohne eigene Finanzmittel und eigene echte Zuständigkeit der EU koordiniert die Kommission die nationalen Politiken, indem Zielgrößen („Benchmarks“) in den Beschäftigungspolitischen Leitlinien (BPL) formuliert und besonders erfolgreich erscheinende Verfahren („best practise“) kommuniziert werden, die nationalen Regierungen in „Nationalen Aktionsplänen“ (NAP) ihre Maßnahmen bündeln und der EU-Kommission vorlegen und in einem Jahresbeschäftigungsbericht schließlich der gesamte Prozess dem EU-Ministerrat und dem Europäischen Parlament (EP) zu Kenntnis gebracht wird (vgl. Heise 2010). Verfahrenstechnisch

geht es bei der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) also um die Fokussierung der nationalen Politiken auf ein bedeutsames Politikfeld und die Initiierung von Lernprozessen. Wirtschaftspolitisch hat sich eindeutig jene Ausrichtung durchgesetzt, die in Anlehnung an die zeitgleich publizierte OECD Jobs Study (OECD 1994) Arbeitslosigkeit im Wesentlichen als ein mikroökonomisches Problem übermäßig regulierter und vermachteter Arbeitsmärkte (Kündigungsschutzvorschriften, Mindestlöhne, Zentralität der Tarifverhandlungen etc.) und bestehender Strukturprobleme (qualifikatorisches und regionales Mis-Match) betrachtet, während der neue makroökonomische Konsens der Makropolitik (Geld- und Finanzpolitik) nur eine ordnungspolitische Begleitung (regelgebundene, restriktive Ausrichtung) zugestand³. Diese Ausrichtung der Makropolitik wurde in anderen Governance-Verfahren (dem Stabilitäts- und Wachstumspakt [SWP] und dem Fiskalpakt [FP]) sowie dem Statut der EZB (Preisstabilitätsorientierung, Unabhängigkeit) verbindlich abgesichert.

Tabelle 1: Veränderung der Arbeitslosenquote 1999–2014

Rang, Land	1999–2008	Rang, Land	2008–2014
1. Griechenland	-4,2	1. Deutschland	-2,4
2. Italien	-4,2	2. Österreich	+1,2
3. Frankreich	-2,6	3. Belgien	+1,4
4. Spanien	-2,3	4. Luxemburg	+1,4
Eurozone	-2,0	5. Frankreich	+2,9
5. Belgien	-1,5	6. Niederlande	+3,8
6. Deutschland	-1,2	Eurozone	+4,1
7. Niederlande	-0,4	*7. Irland	+4,7
8. Österreich	-0,1	*8. Portugal	+5,5
9. Irland	+0,8	9. Italien	+6,1
10. Luxemburg	+2,5	*10. Spanien	+13,0
11. Portugal	+3,1	*11. Griechenland	+18,8
Vergleich: USA	+1,6	Vergleich: USA	+0,4

Anmerkung: Arbeitslosenquote nach Eurostat-Definition; * Länder, die Nothilfe aus dem Europäischen Stabilisierungsmechanismus (bzw. Vorläuferinstitutionen) erhielten

Quelle: Ameco-Datenbank

*zwischen 1999
und 2008
positive
Beschäftigungs-
entwicklung*

Tabelle 1 wirft einen Blick auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Verabschiedung der Europäischen Beschäftigungsstrategie und dem Eintritt in die Europäische Währungsunion ab 1999. In der 1. Phase bis zur Weltfinanzkrise 2008 ist eine insgesamt positive Entwicklung zu konstatieren: Im Eurozonen-Durchschnitt ist die Arbeitslosenquote um 2%-Punkte gesunken, in Griechenland und Italien sogar um über 4%-Punkte. Lediglich in Irland, Luxemburg und Portugal stieg in dieser Phase die Arbeitslosigkeit an – teilweise allerdings ausgehend von sehr niedrigem Niveau. Auch im Vergleich zu den USA kann die Entwicklung in der 1. Phase als durchaus gut angesehen werden, allerdings lag das Niveau in der Eurozone ungefähr um 3%-Punkte über dem Niveau in den USA⁴.

*hohes BIP-
Wachstum euro-
päischer Länder
vor der Krise*

Wirft man einen Blick auf die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP), dann zeigt sich, dass die kumulierte Steigerung in der Eurozone mit 16,4% in der 1. Phase nur unwesentlich unter der Steigerung in den USA (+18,6%) lag (vgl. Tab. 2). Die Durchschnittsbetrachtung muss allerdings gewaltig revidiert werden, wenn die einzelnen Mitgliedsländer betrachtet werden: Mit Griechenland, Spanien und Irland finden sich drei Länder unter den deutlich überdurchschnittlich wachstumsintensiven Ländern, die aufgrund von erwünschten Aufholprozessen innerhalb der EU die Differenz zum Einkommensdurchschnitt der EU reduzieren konnten. Andererseits sind es auch jene Länder, die im Zuge der Weltfinanz- und Eurokrise zu den notleidenden Ländern wurden, die auf Hilfsprogramme der EU zurückgreifen mussten.

Tabelle 2: reale BIP-Veränderung in Prozent (kumuliert)

Rang. Land	1999–2008	Rang.Land	2008–2014
1.Irland	+33,0	1.Luxemburg	+7,1
2.Luxemburg	+29,6	2.Deutschland	+3,8
3.Griechenland	+27,2	3.Belgien	+2,9
4.Spanien	+26,4	4.Österreich	+2,3
5.Österreich	+18,8	5.Frankreich	+2,0
6.Niederlande	+18,2	*6.Irland	+0,5
7.Belgien	+17,0	Eurozone	-1,4
Eurozone	+16,4	7.Niederlande	-2,2
8.Frankreich	+15,5	*8.Spanien	-5,9
9.Deutschland	+12,8	*9.Portugal	-6,5
10.Portugal	+11,6	10.Italien	-7,8
11.Italien	+10,2	*11.Griechenland	-23,2
Vergleich: USA	+18,6	Vergleich: USA	+8,5

Anmerkungen: * Länder, die Nothilfe aus dem Europäischen Stabilisierungsmechanismus (bzw. Vorläuferinstitutionen) erhielten

Quelle: Ameco-Datenbank

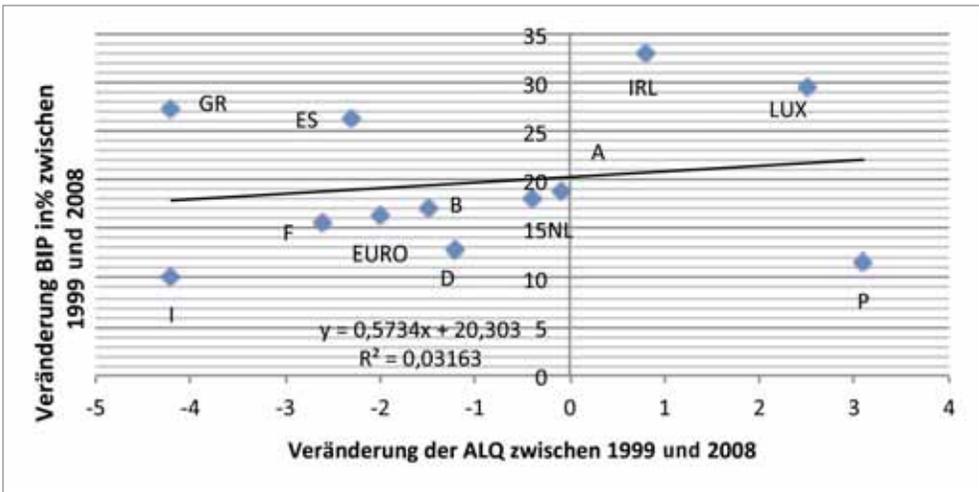
Versucht man einen Zusammenhang zwischen der Wachstums- und Beschäftigungsperformanz der Eurozoneländer herzustellen, so scheint es auf den ersten Blick keine nennenswerte Korrelation zu geben (vgl. Abb. 2). Selbstverständlich ist das Wirtschaftswachstum nur eine Determinante der Beschäftigungs- bzw. Arbeitslosigkeitsentwicklung. Auch die Veränderung der Arbeitszeit, der Struktur der Beschäftigung (Vollzeit- versus Teilzeitbeschäftigung, Normalarbeitszeitverhältnis versus atypische Beschäftigung) und die Produktivitätsentwicklung (intensives Wachstum) können entscheidend auf die Arbeitsmarktentwicklung einwirken – dennoch mutet es verwunderlich an, wenn dem Wirtschaftswachstum gar kein Einfluss zukommen sollte⁵. Tatsächlich scheint Abb. 2 ein statistisches Artefakt abzubilden, welches wesentlich durch 3 statistische Ausreißer bestimmt wird.

Zusammenhang zwischen BIP-Wachstum und Arbeitslosigkeit

Vollbeschäftigung in Europa – Vision oder Illusion? – Arne Heise

Es fällt auf, dass Italien eine überdurchschnittlich gute Arbeitsmarktentwicklung in dieser Phase vorweisen kann, die so gar nicht zur unterdurchschnittlichen Wachstumsperformanz passt. Andererseits weisen Luxemburg und Irland sehr hohe Wachstumsdynamiken aus, bei gleichzeitig deutlich unterdurchschnittlichen Arbeitsmarktentwicklungen.

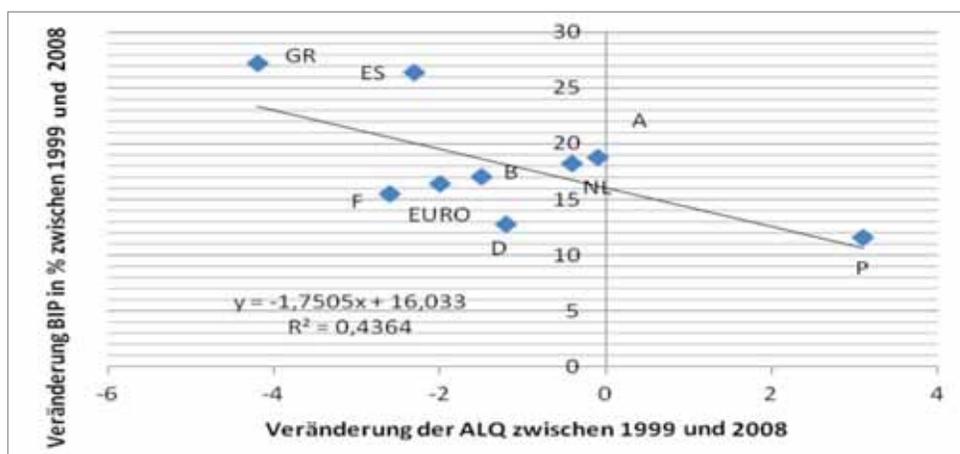
Abbildung 2: Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarktentwicklung in der Eurozone (1999–2008)



Quelle: Ameco-Datenbank

Werden diese drei „Sonderfälle“ aus der Betrachtung ausgeschlossen, wird der erwartete Wachstumsbeitrag zur Arbeitsmarktentwicklung deutlich (vgl. Abb. 3): Immerhin fast 50% der Arbeitsmarktentwicklung werden durch die Wachstumsperformanz erklärt. Die Sonderentwicklung Italiens lässt sich auf die besondere Bedeutung der Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse seit Mitte der 1990er-Jahre zurückführen (vgl. OECD 2007: 9ff.), Luxemburg und Irland sind Beispiele intensiven Wachstums bei hohem Beschäftigungsstand – bei starker Produktivitätsentwicklung mag selbst ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum nicht ausreichen, um den hohen Beschäftigungsstand zu halten („jobless growth“).

Abbildung 3: Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarktentwicklung in der Eurozone (1999–2008; ohne Irland, Luxemburg und Italien)



Quelle: Ameco-Datenbank

In der 1. Phase der EBS lässt sich also feststellen, dass zwar eine leichte Verbesserung der Arbeitsmarktlage in der Eurozone zu verspüren war, die vorgegeben Ziele aber ebenso wenig erreicht werden konnten, wie ernsthaft von einer Annäherung an eine Situation der Vollbeschäftigung gesprochen werden konnte.

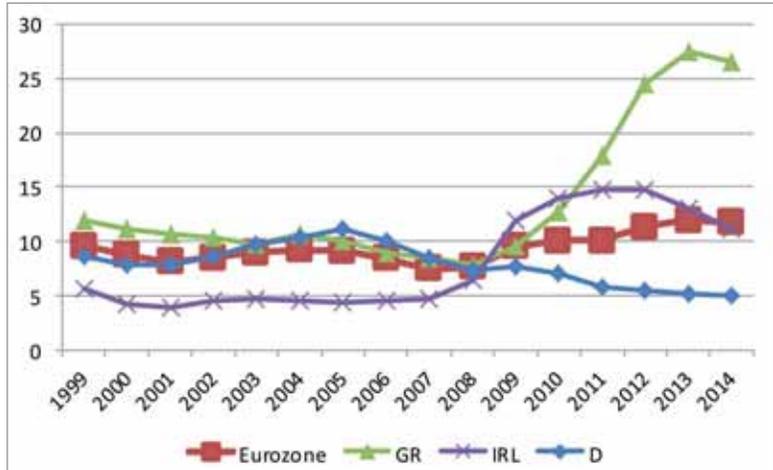
zwischen 1999 und 2008 grundsätzliche Verbesserung der Arbeitsmarktlage

3. Die Arbeitsmarktentwicklung in der Eurozone nach der Weltfinanzkrise

Die 2. Phase beginnt mit dem Ausbruch der Weltfinanz- und Eurokrise ab 2008. Tabelle 1 und Abbildung 4 zeigen, dass seither die Arbeitslosenquote in der Eurozone um etwa 4%-Punkte auf über 11% gestiegen ist – dies bedeutet einen deutlich stärkeren Anstieg als in den USA auf ein deutlich höheres Niveau. Vor allem aber ist die Entwicklung in den Teilwirtschaften der EWU sehr unterschiedlich: Während die Arbeitslosigkeit in Deutschland mittlerweile sogar unter dem Vorkrisenniveau liegt, ist sie in anderen Ländern geradezu explodiert. Vor allem die sogenannten „Programmstaaten“, also jene Länder, die auf EU-Notfallhilfen zurückgreifen mussten, erlebten eine Verdopplung oder gar Verdreifachung ihrer Arbeitslosenquoten in kurzer Zeit auf absolute Höchststände in ihrer jüngeren Geschichte.

Anstieg der Arbeitslosigkeit ab 2008 in den meisten EU-Ländern aufgrund des Einbruchs der Realökonomie

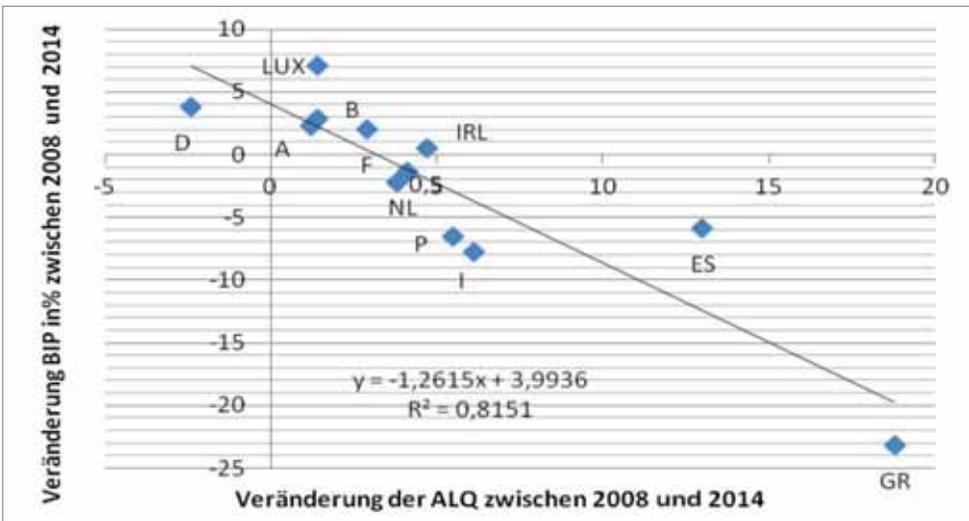
Abbildung 4: Entwicklung der Arbeitslosenquote (Eurostat-Definition) 1999–2014



Quelle: Ameco-Datenbank

Die Wachstumsentwicklung in dieser Phase, wie sie Tabelle 2 darstellt, lässt vermuten, dass die Arbeitsmarktschwächung nach der Weltfinanz- und Eurokrise wesentlich auf den rezessiven Einbruch der Realökonomie zurückzuführen ist.

Abbildung 5: Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarktentwicklung in der Eurozone (2008–2014)

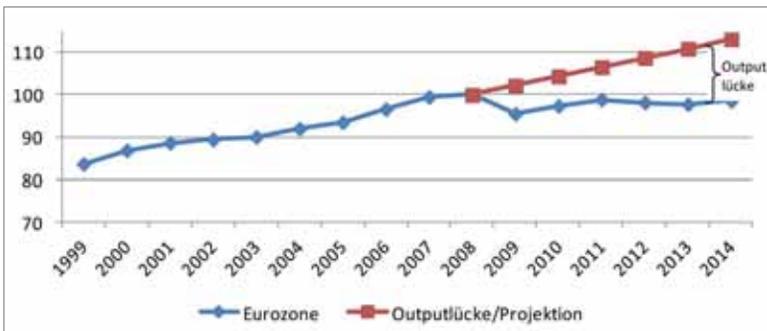


Quelle: Ameco-Datenbank

Tatsächlich sind über 80% der Arbeitsmarktentwicklung seit der Krise bedingt durch das (geringe) Wirtschaftswachstum. Seit 2008 hat sich in der Eurozone eine kumulierte Outputlücke von fast 15% aufgetan (vgl. Abb. 6), die zumindest durch eine bessere Wachstumsperformance geschlossen werden müsste, um wenigstens auf den alten Beschäftigungsstand zurückzukehren.

*gegenwärtige
Outputlücke von
fast 15%*

Abbildung 6: Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes (2008 = 100) 1999–2014



Quelle: Ameco-Datenbank

Die Tatsache, dass es insbesondere die „Programmstaaten“ Griechenland, Spanien, Irland und Portugal sind, deren Arbeitsmarktentwicklungen nach der Krise aus dem Ruder gelaufen sind, legt die Vermutung nahe, dass die im Zuge der Gewährung von Nothilfen erzwungenen Austeritätsmaßnahmen – Beschäftigungsabbau im öffentlichen Dienst, massive Ausgabenkürzungen im Sozialbereich, Mindestlohnsenkungen mit entsprechendem Druck auf die Tariflöhne, regressive Steuererhöhungen etc. (vgl. Heise/Lierse 2011) – keinen Raum für Wirtschaftswachstum ließen (vgl. Heise 2012) und ursächlich für die Beschäftigungskatastrophe in diesen Ländern sind.

*Austeritätsmaßnahmen als
Wachstumshemmer in den
Programmstaaten*

4. Rückkehr zu einer Politik der Vollbeschäftigung

Es darf nicht verwundern, dass die Gegenwart wieder eine zunehmende Euroskepsis erlebt (vgl. Serricchio/Tsakatika/Quaglia 2013). Zu sehr scheint sich die EU und insbesondere auch die gemeinsame Währung als Teil des Problems, nicht der Lösung zu erweisen. Die Eurokrise wird vornehmlich als Haushaltskrise, nicht als Beschäftigungskrise thematisiert und behandelt. Die Austeri-

*Austeritätsmaßnahmen
begünstigen
Renationalisierungstendenzen*

tätsmaßnahmen werden als unverzichtbar für die Wiedergewinnung des Vertrauens in den Zusammenhalt der Eurozone und die Glaubwürdigkeit und Nachhaltigkeit der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik der Mitgliedstaaten angesehen – dahinter verbirgt sich die wirtschaftspolitische Rationalität einer ökonomischen Schule, die die Finanzmarktkrise nicht hat kommen sehen und die auch keine adäquaten Antworten auf deren realwirtschaftliche Durchschlagskraft hat (vgl. Krugman 2009). Es steht aber auch die politische Rationalität der Regierungen jener (nördlichen) Eurozone-Länder (s. Tab. 1 und 2) dahinter, die aus sehr unterschiedlichen Gründen einigermaßen glimpflich durch die Krise gekommen sind⁶ und nun den finanziellen Solidaritätsanspruch der anderen Eurozone-Länder und deren Unvermittelbarkeit in einem Umfeld von Renationalisierungstendenzen (sichtbar z.B. durch die relative Erstarkung von Parteien wie die Front National in Frankreich und die Alternative für Deutschland) fürchten.

Vollbeschäftigung braucht eine Kehrtwende in der Marktpolitik

Ein erster Schritt in Richtung Vollbeschäftigungspolitik besteht also zunächst darin, das Beschäftigungsproblem wieder als zentrales Thema auf der EU-Agenda zu verankern. Als Nächstes wäre es notwendig, die Austeritätsorientierung der europäischen Wirtschaftspolitik aus ihrer TINA-Position⁷ zu lösen. Dies dürfte angesichts der jahrzehntelangen einschlägigen wissenschaftlichen und medialen Einhämmern und, ganz objektiv, vor dem Hintergrund der faktischen Verschuldung der öffentlichen Haushalte nicht ganz leicht sein⁸. Aber selbst wenn es in der EU zunehmend die Bereitschaft für eine Kehrtwende in der Makropolitik geben sollte, ist nicht ausgemacht, dass diese innerhalb des mittlerweile hochregulierten EU-Governance-Systems durchgesetzt werden kann, denn diese Strukturen und Regulierungen sind kein neutrales Gefäß, in das heute Neoliberalismus und morgen linke Wirtschafts- und Sozialpolitik gefüllt werden könnte. Vielmehr entstand eine Pfadabhängigkeit, aus der man nur über den Bruch mit den Verträgen herauskommt. Es sei denn, man hängt der Illusion an, es käme irgendwann zur notwendigen Einstimmigkeit der 28 Mitgliedstaaten für eine Vertragsänderung zugunsten eines linken Kurswechsels (Wahl 2013: 10f.).

Visionen: politische Kurswechsel ...

Allerdings gibt es auch Zeichen, die Raum für Visionen lassen: 1) Mit der Wahl einer linken Regierung in Griechenland ist erstmals ein Akteur auf die europäische Bühne getreten, der sich

offen gegen den bisherigen Kurs der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik in der Eurozone stellt – der griechische Demos hat Regierungschef Tsipras unmissverständlich ein solches Mandat des Widerstandes und der Kurskorrektur gegeben und es können in nächster Zukunft ähnliche Regierungskonstellationen in anderen Eurozone-Ländern entstehen. 2) In der EU-Kommission gibt es längst Überlegungen in Richtung einer „Genuine Monetary Union“ (GMU), die eine Wiederherstellung der wirtschaftspolitischen Interventionsfähigkeit auf EU-Ebene (also eine „Europäische Wirtschaftsregierung“) diskutieren. 3) Die politökonomische Funktionalität der EWU mag es erzwingen, dass der Erhalt der Gemeinschaftswährung nur durch die Abkehr von der gegenwärtigen Austeritätspolitik gewährleistet werden kann – zumindest, wenn die Unterstützung der EWU durch breite Bevölkerungsmehrheiten die unabdingbare Voraussetzung für den Bestand eines Politikprojektes ist, das keine genuine Legitimation besitzt (vgl. Heise 2015).

*... „Genuine
Monteary
Union“ ...*

*... und Abkehr
von der Aus-
teritätspolitik
zum Schutz der
Gemeinschafts-
währung*

5. Beschäftigungspolitik in Zeiten hoher Staatsverschuldung

Selbst wenn es gelingen sollte, einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel für mehr Wachstum und Beschäftigung in der Eurozone durchzusetzen, bleibt noch zu klären, was genau sich darunter verstehen lässt und welche Akteure dabei welche Beiträge zu leisten hätten.

*Wege zum
Abbau von
Arbeitslosigkeit*

Um das Ziel eines deutlichen Abbaus der Arbeitslosigkeit in der EU erreichen zu können, sind grundsätzlich zwei alternative oder verknüpfbare Wege vorstellbar: 1) Die vorhandene Arbeit wird durch Arbeitszeitverkürzung umverteilt. 2) Zusätzliche Arbeitsplätze werden durch Ankurbelung der effektiven Nachfrage – also Wirtschaftswachstum – geschaffen.⁹ Ein rein quantitatives Wachstum ist angesichts der Begrenztheit der natürlichen Ressourcen allerdings unvorstellbar, weshalb sich an die Wachstumsstrategie immer auch qualitative Ziele (Reduktion des Ressourcenverbrauchs, Mehrung der Ressourceneffizienz) knüpfen lassen müssen.

Die Strategie der Arbeitszeitverkürzung kann durchaus erstaunliche Erfolge zeitigen: Sowohl die Sonderentwicklung des italienischen Arbeitsmarktes in der Phase 1 als auch die besonders

*Arbeitszeit-
verkürzung*

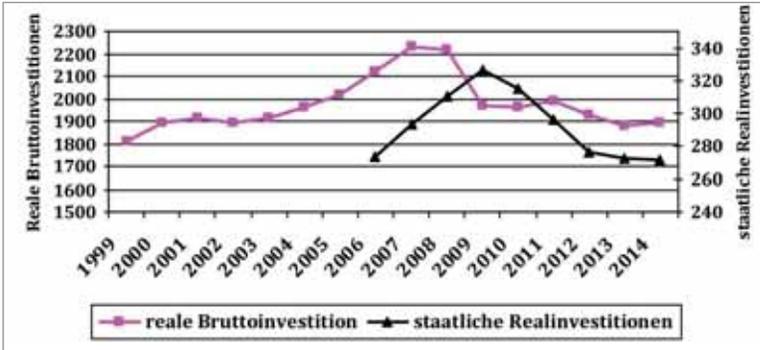
gute Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland in Phase 2 basieren zumindest zu einem erheblichen Teil darauf, dass Normalarbeitsverhältnisse durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit deutlich geringerer durchschnittlicher Arbeitszeit ersetzt wurden. Die negativen Begleiterscheinungen – zunehmende Einkommensungleichheit, steigende Armutsentwicklung, geringeres Sicherungs- und Partizipationsniveau der Beschäftigten – und das schiere Ausmaß der Arbeitslosigkeit in einigen Ländern machen aber deutlich, dass eine regulierte Arbeitszeitverkürzung zwar durchaus als flankierende Maßnahme einer Wachstumsstrategie wieder stärker diskutiert werden sollte¹⁰, die Wachstumsstrategie aber im Kern nicht ersetzen kann.

*Stärkung der
Binnennachfrage
durch
Investitionen*

Wachstum kann binnenwirtschaftlich oder exportorientiert getragen sein. Deutschland ist das Modell des exportorientierten Wachstums, welches nicht nur Spannungen (regionale Leistungsbilanzungleichgewichte) in der Währungsunion mit sich bringt¹¹, sondern auch formal-logisch nicht von allen Volkswirtschaften gleichzeitig betrieben werden kann¹². Deshalb bleibt als sinnvolles Ziel für einen so großen Wirtschaftsraum wie die Eurozone nur die Stärkung der Binnennachfrage. Hierfür sind in erster Linie die privaten Wirtschaftssubjekte – also Unternehmen und Konsumenten – zuständig, die Wirtschaftspolitik muss allerdings wachstumsförderliche Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen¹³. Triebfeder des Wirtschaftswachstums ist die Investitionstätigkeit. Abbildung 7 (in Verbindung mit Abb. 6) verweist auf das gegenwärtig größte Problem bei der Schaffung von Beschäftigung: Es fehlen zunächst einmal die privaten Investitionen – die konstatierte Outputlücke hat in einer Investitionslücke ihre Entsprechung, die zu einer Beschäftigungslücke und, mithin, zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt hat. Angesichts einer – nach anfänglicher Zurückhaltung – mittlerweile extrem expansiven Geldpolitik der EZB, die nicht nur den Refinanzierungszinssatz auf nahe Null gesenkt hat, sondern auch als „Quantitative Easing“ bezeichnete Offenmarktoperationen von beispiellosem Ausmaß betreibt, kann die Investitionsschwäche nur auf die mangelnden Ertragserwartungen bzw. deren hohe Unsicherheit oder eine unverträgliche Kombination von geringen Ertragserwartungen und hochgradig unsicherem Umfeld zurückzuführen sein. Wie John Maynard Keynes schon als wesentlichen Erfahrungsgewinn der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre festhielt, zeigt sich auch

in der jüngsten Krise, daß die Aufgabe, die laufende Menge der Investitionen zu leiten, nicht ohne Gefahr in privaten Händen gelassen werden kann.“ (Keynes 1936: 271)

Abbildung 7: Bruttoinvestitionstätigkeit in der Eurozone zu konstanten Preisen (2010)



Quelle: Ameco-Datenbank

Die Gefahr, die Keynes hier anspricht, liegt in der Instabilität der realwirtschaftlichen Entwicklung und der hohen und dauerhaften Unterauslastung der angebotenen Arbeitskraft. Keynes' damalige Empfehlung, die staatlichen Investitionen deutlich anzuheben, um mittels sogenannter Multiplikator- und Akzeleratoreffekte die Output- und Beschäftigungslücke schließen zu können, muss heute allenfalls um eine ressourcenschonende, qualitative Orientierung der öffentlichen Investitionen ergänzt werden. Abbildung 7 zeigt allerdings, dass diese Lektion in der „Nach-Keynes-Ökonomik“, die Wissenschaft und Politik seit mindestens drei Dekaden dominiert, vergessen wurde: Statt einer über die unmittelbare Nachkrisenzeit der kurzfristigen Konjunkturprogramme hinausgehenden, die ausfallende private Investitionstätigkeit langfristig kompensierenden Erhöhung der staatlichen Investitionsquote sinkt die öffentliche Investitionstätigkeit als Folge der überall verabschiedeten Sparprogramme sogar prozyklisch und verschärft somit die Krise der Realwirtschaft noch¹⁴.

*gegen
prozyklische
Sparprogramme*

Angesichts dramatisch steigender Netto-Neuverschuldungen und Schuldenstände, so die herkömmliche Interpretation, blieb den öffentlichen Haushalten aber gar keine andere Wahl: Die Kürzung der öffentlichen Ausgaben im Allgemeinen und auch der

*keynesianische
versus nicht-
keynesianische
Effekte öffentlicher
Haushaltspolitik*

staatlichen Investitionen war notwendig, um das Vertrauen der Finanzmärkte in die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik zurückzugewinnen und statt einem Verdrängen privater Investitionen durch kreditfinanzierte öffentliche Ausgaben („Crowding-out“) sogar ein erwartungsbedingtes „Crowding-in“ privater Investitionen – also sogenannte „nicht-keynesianische Effekte“ der Haushaltskonsolidierung – auszulösen. Die Studie zweier amerikanischer „Elite-Ökonomen“ (vgl. Reinhart/Rogoff 2010) lieferte zeitgerecht den scheinbaren Nachweis, dass beim Überschreiten eines Wertes von 90% des BIP der Schuldenstandsquote ein deutlich negativer Effekt auf das Wachstumspotential einer Wirtschaft ausgeht und deshalb weitere staatliche Verschuldungspolitik keinen Wachstumseffekt mehr erwarten lässt¹⁵. Tatsächlich mussten die Autoren der Studie allerdings haarsträubende methodische Fehler eingestehen, die den an den Tag gelegten Optimismus in „nicht-keynesianische Effekte“ der Haushaltskonsolidierung unterminieren¹⁶. Dennoch darf daraus nicht der Schluss gezogen werden, es bestünde ein simpler, positiv-linearer Zusammenhang zwischen der durch Netto-Neuverschuldung aufgebauten Staatsverschuldung und dem Wirtschaftswachstum – dies käme einer „Münchhausen-Strategie“ gleich. Tatsächlich dürften kreditfinanzierte, staatliche Ausgabenprogramme immer dann in ihrer Wachstumswirkung massiv beschnitten sein, wenn die Wirtschaftsakteure die Nachhaltigkeit einer solchen Politik bezweifeln. Ein steigender Schuldenstand relativ zur Wirtschaftsleistung reduziert dabei sicher den Glauben in die Nachhaltigkeit einer derartigen Finanzpolitik, die absolute Höhe der Schuldenstandsquote ist aber allein nicht aussagekräftig genug¹⁷ – vielmehr kommt es auf die Effizienz der Finanz- und Steuerpolitik eines Staates an: Verspricht der eingeschlagene Weg eine Verbesserung der Wachstumspotentiale und garantiert die Besteuerungskraft eines Staates die jederzeitige Bedingung der öffentlichen Schuld, besteht kein Grund, an den „keynesianischen Effekten“ einer expansiven Finanzpolitik zu zweifeln. Öffentliche Investitionen bieten sicher die größte Gewähr, dass diese Bedingungen einer nachhaltigen Finanzpolitik erfüllt sind.

6. Fazit: Eine europäische Investitionsoffensive für mehr Wachstum und Beschäftigung ist unverzichtbar

*Marshall-Plan
für Europa ...*

Es bestehen mittlerweile riesige Nachholbedarfe im Bereich der öffentlichen Investitionen überall in Europa, die gleichermaßen

die qualitativen Anforderungen einer ressourcenorientierten Politik erfüllen, wie ihre Befriedigung die Wachstums- und Beschäftigungsaussichten in Europa deutlich verbessern würde: Der vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) vorgeschlagene „Marshall-Plan für Europa“ beispielsweise sieht die Erhöhung der öffentlichen Investitionen um ca. 270 Mrd. € pro Jahr für (zunächst) einen Zeitraum von 10 Jahren insbesondere in den Bereichen der Energieversorgung und -effizienz vor (vgl. DGB 2012) – dies würde etwa eine Verdopplung der gegenwärtigen Staatsinvestitionen in der Eurozone bedeuten¹⁸. Angesichts des Einbruchs der öffentlichen Investitionstätigkeit im Zuge der Krise (vgl. Abb. 7) erscheint die Größenordnung des „europäischen Marshall-Plans“ eher moderat¹⁹ bzw. sollte durch nationale Investitionsanstrengungen unterstützt werden. Als Finanzierung schlägt der DGB die Einführung einer Transaktionssteuer vor, die die Tilgung und Zinsbedienung eines auf EU-Ebene zu schaffenden „Zukunftsfonds“ übernehmen soll, der sich zunächst durch die Ausgabe von „Umweltanleihen“ finanziert.

... finanziert durch einen europäischen Zukunftsfonds und eine Transaktionssteuer

Tabelle 3: Beschäftigungspolitische Maßnahmen und ihre Träger

Maßnahme	Träger	Programm	Problem
Arbeitszeitverkürzung	National: Tarifparteien	Tarifverhandlungen	Kein wirtschaftspolitischer Handlungsparameter
Investitionsprogramm	National: Regierungen	Nationale Investitionsprogramme	Beschränkte Möglichkeiten im Rahmen von SWP und FP; (temporäre) Revision von SWP und FP
Investitionsprogramm	EU-weit: EU-Kommission verwaltet „Europäischen Zukunftsfonds“ EU-weit: Finanzmarkttransaktionssteuer schafft fiskalische Grundlage EU-weit: ESM wird zur Finanzierung herangezogen	„Europäischer Marshall-Plan“ mit qualitativer Ausrichtung	Keine föderalen Strukturen zur effizienten und distributiven Allokation der Mittel

Dieser EU-Zukunftsfonds und die Transaktionssteuer könnten weitere Bausteine im Puzzle einer „Europäischen Wirtschafts-

Aufgaben- erweiterung des ESM

regierung“ sein – zumal aufgrund der bestehenden Governance-Strukturen in der EU (SWP und Fiskalpakt) auf nationaler Ebene kein eigenständiger Handlungsspielraum mehr für eine derartige Investitionsoffensive verbleibt. Es wäre auch denkbar, den Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM), der in seiner gegenwärtigen Funktion ausschließlich als Notfallhilfe für illiquide Eurozonestaaten gedacht ist, die sich nicht mehr zu akzeptablen Konditionen am Finanzmarkt verschulden können, als aktives Interventionsmittel einzusetzen. Eine Aufgabenerweiterung (und finanzielle Aufstockung) des ESM müsste allerdings mit Einstimmigkeit der beteiligten Länder beschlossen werden, was gegenwärtig wohl auf deutschen Widerstand treffen würde.

Problem der effizienten Investitions- allokation

Mit der Verlagerung des Investitions- und Beschäftigungsprogrammes auf die EU-Ebene entsteht aber das Problem der effizienten Allokation der Investitionsausgaben und der potentiellen Legitimationsprobleme der fiskalischen Umverteilungseffekte, die eine derartige föderale Finanzverteilung unzweifelhaft mit sich bringen müsste. Bevor hier aber legitimierte Verfahren geschaffen sind, sollte darüber nachgedacht werden, ob eine zumindest temporäre Revision der Governance-Strukturen der E(W)U (insbesondere des SWP und des FP) eine schnellere Umsetzung effizienter Investitionsprogramme möglich machen könnte.

Anmerkungen

1. Es kann zwischen der 28 Staaten umfassenden EU und der 19 Staaten umfassenden Eurozone unterschieden werden. Wir wollen uns im Folgenden auf die Eurozone konzentrieren, weil der Integrationsprozess hier am weitesten fortgeschritten ist und am ehesten eine gemeinsame europäische Verantwortung reklamiert werden kann.
2. Es sei hier nur kurz angemerkt, dass auch ein „vorbildliches“ Haushaltsgebaren und eine relativ geringe Schuldenstandsquote vor der Krise – wie z.B. im Falle Irlands oder Spaniens – nicht davor schützte, nach der Krise mit Risikoprämien in einer Größenordnung belastet zu werden, die eine nachhaltige Finanzpolitik unmöglich machten.
3. Nach diesem Verständnis liegt Arbeitslosigkeit im Wesentlichen nicht darin begründet, dass den Arbeitssuchenden nicht hinreichend viele Arbeitsplätze gegenüberstehen – also ein Mangel an Beschäftigung vorliegt –, sondern dass die Arbeitssuchenden nicht hinreichend beschäftigungsfähig sind. „Employability“ (Beschäftigungsbefähigung) war entsprechend das Zauberwort der Arbeitsmarktpolitik.
4. Die EBS stellt in ihrer Politikkonzeptionierung nicht in erster Linie auf die Senkung der Arbeitslosenquote ab, sondern zielt vielmehr auf die Erhöhung der Erwerbsquote im Allgemeinen und der Frauen- und altersspezifischen Erwerbsquoten im Besonderen. Hier hat sie ihre Ziele („Benchmarks“) nachweislich nicht erreicht; vgl. Stephan (2008: 326ff.).

5. In der beschäftigungspolitischen Diskussion der 1990er-Jahre ist vielfach das Argument vorgebracht worden, Wirtschaftswachstum sei deshalb kein taugliches Mittel, weil strukturelle Arbeitsmarktprobleme, die sich in einer hohen „natürlichen Arbeitslosenquote“ zeigen, nicht durch Wachstum überwunden werden können – allenfalls würde die Inflation angekurbelt werden. Hieraus könnte auf eine weitgehende Unabhängigkeit der Arbeitsmarkt- von der Wachstumsentwicklung geschlossen werden. Eine Verbesserung der Arbeitsmarktpfomananz erfordert angebotsseitige, nicht aber nachfrageseitige Impulse (vgl. u.a. Layard/Nickell/Jackman 1991; Krugman 1997). Es stellte sich dann aber heraus, dass die „natürliche Arbeitslosenquote“ häufig viel zu hoch geschätzt wurde und sie nur eine Trendbereinigung der jeweils aktuellen Arbeitslosenquote darstellte, die für wirtschaftspolitische Empfehlungen weitgehend untauglich war (vgl. z.B. Schmitt 2013).
6. Deutschland z.B. hat von seiner starken Wettbewerbsposition profitiert, die sich zu wesentlichen Teilen auf die seit über einer Dekade unterdurchschnittliche Lohnstückkostenentwicklung stützt. Dies geht allerdings zulasten der anderen Eurozone-Länder und dürfte eines der wesentlichen strukturellen Probleme der Eurozone sein.
7. Das Akronym „TINA“ steht für „There is no alternative“ und soll in seiner Unabwendbarkeit die Legitimation einer unbeliebten wirtschaftspolitischen Maßnahme sicherstellen.
8. Sheila Dow (2015) beschreibt umfänglich, wie es der Austeritätsposition gelungen ist, sich selbst bei widersprechender empirischer Lage und konkurrierender, die Realität besser einfangender postkeynesianischer Theoriebildung als die in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit dominante Meinung zu halten.
9. Durch arbeitsmarkt- und bildungspolitische Maßnahmen kann auch die Passgenauigkeit von vorhandenen, aber unbesetzten Stellen und Arbeitssuchenden erhöht werden – für gewisse Gruppen von Arbeitssuchenden (sogenannte „Merkmalsträger“ wie körperlich Beeinträchtigte, Jugendliche oder Geringqualifizierte) und in einigen Eurozone-Ländern (z.B. Griechenland oder Spanien) können solche Maßnahmen zwar durchaus große Bedeutung erlangen, sie sind aber vom schlicht quantitativen Problem des Arbeitsplatzmangels deutlich zu trennen.
10. Der Arbeitsmarktforscher Gerhard Bosch sieht durchaus Chancen für die temporäre Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Wochenstunden in einigen Lebensphasen; vgl. Bosch (2015).
11. Die Literatur zum Thema „Ungleichgewichte in der Eurozone“ ist in der jüngeren Vergangenheit stark angeschwollen; vgl. u.a. Flassbeck/Spiecker (2012), Bofinger (2014).
12. Die neomerkantilstische Exportorientierung, die auf Wettbewerbsvorteile der nationalen Volkswirtschaft setzt, ist bereits von John Maynard Keynes (1936: 295 und 323) kritisiert worden.
13. Der ökonomische Mainstream versteht hierunter gewöhnlich angebotspolitische Maßnahmen der Deregulierung und Flexibilisierung von Märkten. Auch die bisherige Krisenpolitik in der EU stellt diese Maßnahmen in den Vordergrund. Matthes (2015) zeigt zumindest, dass die Wachstums- und Beschäftigungsschwäche in Europa nicht mehr in erster Linie auf angebotsseitige Probleme zurückgeführt werden kann.
14. Callinicos (2012) führt den schnellen Wechsel von „keynesianischer“ Konjunkturpolitik zwischen 2008 und 2009 und neoliberaler Austeritätspolitik nach 2009 auf die feste ideologische Verankerung des Neoliberalismus zurück.
15. Erstaunlicherweise liegt die von Reinhart und Rogoff bestimmte Größe von 90% des BIP recht nahe an den aktuellen Werten der durchschnittlichen Schuldenstandsquote in der Eurozone (2010: 83,9%, 2012: 91%) und auch von einigen bedeutungsvollen Ländern der Eurozone (Deutschland: 2010: 80,3%, 2012: 79%; Frankreich: 2010: 81,5%; 2012: 89,2%); vgl. Ameco-Databank.

16. Weitere Quellen zum „Reinhart-Rogoff-Skandal“: Herndon/Ash/Pollin (2014), Pollin/Ash (2013a), Pollin/Ash (2013b), Reinhart/Reinhart/Rogoff (2013).
17. So wird die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik Japans offenbar nicht infrage gestellt, obgleich die Schuldenstandsquote mit über 230% des BIP weit über den Eurozonendurchschnitt (94,5%) und selbst deutlich höher als in Griechenland (176,3%), dem Eurozonenland mit der höchsten öffentlichen Verschuldung, liegt; vgl. Ameco-Datenbank.
18. Der „Europäische Marshall-Plan“ ist nicht mit dem sogenannten „Juncker-Plan“ zu verwechseln, mit dem der Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker Investitionsausgaben in Höhe von etwa 300 Mrd. € (über 3 Jahre, also etwa 100 Mrd. € pro Jahr) initiieren will (vgl. EU-Kommission 2014). Von diesen 300 Mrd. € sind allerdings nur etwa 20 Mrd. € (also etwa 7 Mrd. € pro Jahr) öffentliche Mittel, die über einen unglaublichen Multiplikator von fast 15 die restlichen 280 Mrd. € als komplementäre private Investitionen mobilisieren möchte. Bei den öffentlichen Mitteln handelt es sich zum größten Teil um gewöhnliche Haushaltsmittel der EU, die nun in einem „Europäischen Fonds für strategische Investitionen“ gebündelt und anders genannt werden. Bayer (2015) zeigt, wie der „Juncker-Plan“ durch Aufstockung und ökologische Ausrichtung zu einem „Europäischen Marshall-Plan“ weiterentwickelt werden könnte.
19. Allein für Deutschland wird ein öffentlicher Investitionsrückstand nur im Verkehrs- und kommunalen Infrastrukturbereich von ca. 120 Mrd. € ausgemacht; vgl. Rietzler (2014).

Literatur

- Bayer, K. (2015): Europas Zukunft heißt Lebensqualität: Eine nachhaltige europäische Wachstumsstrategie, ÖGFE Policy Brief No.11, Wien
- Beichelt, T. (2010): Euroskepsis als Aneignung europäischer Politik. In: Berliner Debatte Initial, Jg. 21, H. 2, S.
- Bofinger, P. (2014): Deutschland ist kein Vorbild für Europa. In: Watt, A., Meyer, H. (Hrsg.): Die 10 Mythen der Eurokrise und warum sie falsch sind, Düsseldorf, S. 47–58
- Bosch, G. (2015): Warum nicht mal 30 Stunden? Interview. In: Die Mitbestimmung, H. 1–2, S. 10–13
- Callinicos, A. (2012): Contradictions of austerity. In: Cambridge Journal of Economics, Vol. 36, No.1, S. 65–77
- DGB (2012): Ein Marshallplan für Europa. Vorschlag des DGB für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauplan für Europa, Berlin
- Dow, S.C. (2015): The role of belief in the case of austerity policies. In: The Economic and Labour Relations Review, Vol. 26, No.1, S. 29–42
- Europäische Kommission (2014): Eine Investitionsoffensive für Europa, Mitteilungen der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank, Brüssel Com/2014/0903/final
- Flassbeck, H., Spiecker, F. (2012): Falsche Diagnose, falsche Therapie – wie die Politik in der Eurokrise dank falscher Theorie versagt. In: WISO – Wirtschafts- und Sozialpolitische Zeitschrift, Bd.35, S. 15–26
- Heise, A. (2010): Einführung in die Wirtschaftspolitik. Grundlagen, Institutionen, Paradigmen, Münster
- Heise, A. (2012): Governance without Government or, The Euro Crisis and What Went Wrong with European Economic Governance? In: International Journal of Political Economy, Vol. 41, No.2, S. 42–60
- Heise, A. (2015): Das Inkonsistenzproblem, das Phänomen Syriza und die Perspektiven der Eurozone, ZÖSS Discussion Paper No. 46, Universität Hamburg
- Heise, A., Lierse, H. (2011): Wirtschaftskrise, Austeritätspolitik und das europäische Sozialmodell. In: Wirtschaft und Gesellschaft, 37. Jg., H. 2, S. 201–231

- Herndon, T., Ash, M., Pollin, R. (2014): Does high public debt consistently stifle economic growth? A critique of Reinhart and Rogoff. In: Cambridge Journal of Economics, Vol. 38, No. 2, S. 257–279
- Huffschnid, J. (1998): Licht am Ende des Tunnels? Anfänge einer europäischen Beschäftigungspolitik. In: Dreßler, R. et al. (Hrsg.): Jenseits falscher Sachzwänge. Streiten für eine zukunftsfähige Politik; Hamburg, S. 43–55
- Keynes, J.M. (1936): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin
- Krugman, P. (1997): How fast can the US economy grow? In: Harvard Business Review, Vol. 75, No. 4, S. 123–129
- Krugman, P. (2009): How Did Economists Get It So Wrong? In: The New York Times v. 6. Sep. 2009
- Layard, R., Nickell, S., Jackman, R. (1991): Unemployment. Macroeconomic Performance and the Labour Market, Cambridge
- Matthes, J. (2015): Krisenländer: Relevanz von Strukturreformen für Wachstum und Währungsraum. In: Wirtschaftsdienst, 95. Jg., H. 2, S. 106–113
- OECD (1994): OECD Jobs Study, Paris
- OECD (2007): Economic Surveys: Italy 2007, Paris
- Pollin, R., Ash, M. (2013a): Austerity after Reinhart and Rogoff. In: Financial Times, 17 April, (<http://www.ft.com/intl/cms/s/0/9e5107f8-a75c-11e2-9fbc-00144feabdc0.html>)
- Pollin, R., Ash, M. (2013b): Debt and growth: A response to Reinhart and Rogoff. New York Times, 29 April (<http://www.nytimes.com/2013/04/30/opinion/debt-and-growth-a-response-to-reinhart-and-rogo.html>)
- Reinhart, C., Reinhart, V.R., Rogoff, K. (2012): Public debt overhangs: Advanced economies episodes since 1800. In: Journal of Economic Perspectives, Vol. 26, No. 3, S. 69–86
- Reinhart, C.M., Rogoff, K.S. (2010): Growth in a Time of Debt, in: American Economic Review, Vol. 100(2), S. 573–78
- Rietzler, K. (2014): Anhaltender Verfall der Infrastruktur, IMK-Report Nr. 94, Düsseldorf
- Roth, C. (1999): Perspektiven einer europäischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zwischen Koordination und Redistribution. In: Heise, A. (Hrsg.): Makropolitik zwischen Nationalstaat und Europäischer Union, Marburg, S. 209–232
- Schmitt, J. (2013): The Indispensability of Full Employment for Shared Prosperity. In: Palley, T., Horn, G.A. (Hrsg.): Restoring Shared Prosperity: A Policy Agenda from Leading Keynesian Economists, CreateSpace Independent Publishing Platform, S. 135–142
- Serricchio, F., Tsakatika, M., Quaglia, L. (2013): Euro-scepticism and the Global Financial Crisis. In: Journal of Common Market Studies, Vol. 51, No. 1, S. 51–64
- Stephan, A. (2008): Die Beschäftigungspolitik der EU. Genese, Etablierung und Grenzen der EBS, Baden-Baden
- Wahl, P. (2013): Welche Zukunft für die EU? Eine Kontroverse. In: Sauer, T., Wahl, P. (Hrsg.): Welche Zukunft hat die EU. Eine Kontroverse, Hamburg, S. 8–26

WISO

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinandergesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
 Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
 Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
 Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz
 Tel. ++43/732/66 92 73
 Fax ++43/732/66 92 73-28 89
 E-Mail: wiso@isw-linz.at
 Internet: www.isw-linz.at